

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Rentenmarkt - Beamte - USA-UdSSR -
RGW - Großbritannien**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Rentenmarkt - Beamte - USA-UdSSR - RGW - Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 8, pp. 384-385

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134845>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Rentenmarkt

Stabilisierungserfolg der Bundesbank

Der starke Angebotsdruck am Rentenmarkt veranlaßte die Bundesbank im Juli zu umfangreichen Offenmarktgeschäften. Um den binnen weniger Monate auf 8% gesenkten Nominalzins für Neuemissionen zu halten, mußte sie Stützungskäufe in Höhe von etwa 2 Mrd. DM vornehmen.

Ein Hauptgrund für die hohe Abgabebereitschaft am Rentenmarkt ist darin zu sehen, daß die Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren in den vergangenen Monaten vielfach von spekulativen Motiven getragen war. Nicht nur Ausländer, sondern auch institutionelle Anleger und vor allem Kreditinstitute realisierten jetzt ihre Kursgewinne; denn ein weiterer Zinsrückgang und damit weitere Kursgewinne werden nicht mehr erwartet.

Nachdem der Druck von der Angebotsseite her mit Hilfe der Bundesbank inzwischen gewichen ist, stellt sich nun das Problem einer zu geringen Nachfrage nach festverzinslichen Papieren. Die Zurückhaltung der Kreditinstitute läßt sich einerseits mit dem für das nächste Jahr erwarteten Konjunkturaufschwung und der dann steigenden Kreditnachfrage begründen; andererseits ist sie im Zusammenhang mit den weiteren, noch in diesem Jahr zu plzierenden öffentlichen Anleihen zu sehen. Daß man Privatanleger kaum in verstärktem Maße wird aus ihrer Reserve locken können, erscheint nicht verwunderlich; denn gerade diese Anlegergruppe ist in den letzten Jahren so oft enttäuscht worden, daß sie Anlagen ohne oder mit nur geringem Kursrisiko, z. B. Bundesschatzbriefe oder sog. „Kurzläufer“, bevorzugt. Was die Gruppe der Ausländer anlangt, so kann man aufgrund der wachsenden Zinssatzdifferenzen zwischen D-Mark- und Dollaranlagen von dieser Seite kaum mit Nachfrageimpulsen rechnen. Hier wird der enge Zinszusammenhang mit den ausländischen Finanzmärkten deutlich. Es zeigt sich, daß die Autonomie der Bundesbank bei der Zinsgestaltung begrenzt ist und dauerhafte Zinssenkungsbemühungen nur in internationaler Übereinstimmung Erfolg haben.

us

Beamte

Streichung traditioneller Privilegien?

Starkes Aufsehen erregte ein Papier, daß der SPD-Bundesgeschäftsführer Börner ausarbeiten ließ. Traditionelle Privilegien der Beamten werden

darin zur Streichung empfohlen. Sie umfassen die Befreiung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die Wohnungsfürsorge, die Beihilfen im Krankheitsfall, Statussicherung und Regelbeförderung sowie die laufende Anpassung der Ministerialzulagen. Damit erhielt die laufende Diskussion über Notwendigkeit und Ausgestaltung einer Reform des öffentlichen Dienstes wieder einmal neuen Auftrieb.

Die Vorschläge sind jedoch nicht neu und bereits in Analysen und Berichten zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes nachzulesen. Ihre Berechtigung im einzelnen kann gewiß diskutiert werden. Sicherlich lassen sich auf diesem Wege auch Einsparungen erzielen. Die stärksten Sparmöglichkeiten liegen jedoch in einer rigorosen Kontrolle des Personalzuwachses im öffentlichen Dienst.

Sieht man aber einmal von möglichen Einsparungen ab und betrachtet die einzelnen Vorschläge, so ist festzustellen, daß sie nur einen Teil der in der Diskussion bereits genannten Reformwünsche darstellen. Es wäre geschickter gewesen, zu warten, bis der Bundesinnenminister seinen – für den Herbst vorgesehenen – Bericht zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes vorgelegt hat. Die jetzt bekanntgewordenen Vorschläge haben durch ihre vorzeitige, isolierte Veröffentlichung nur eine unnötige Verärgerung der betroffenen Interessengruppe erreicht, ohne deren Zustimmung – bedenkt man den Anteil der Beamten unter den Abgeordneten – die gesamte Reform im Bundestag scheitern kann.

cri

USA – UdSSR

Umstrittener Weizenhandel

Die von privaten US-Getreidehandelsfirmen bestätigten Weizenverkäufe an die Sowjetunion von zunächst 3,2 Mill. t mit einem Marktwert von 470 Mill. \$ haben im amerikanischen Kongreß scharfe Proteste ausgelöst. Die in einem von 34 Parlamentariern in einem Brief an das US-Landwirtschaftsministerium geäußerte Kritik bringt die Sorge zum Ausdruck, daß massive sowjetische Getreidekäufe zu Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln führen könnten.

Die vom Kongreß geäußerte Befürchtung ist so unrealistisch nicht und wird auch in anderen westlichen Staaten geteilt. Bereits 1972 hatte ein russisch-amerikanisches Weizengeschäft ausgiebige Untersuchungen durch den Kongreß zur Folge. Dabei ging es um 19 Mill. t, die dem US-Markt entzogen wurden und weitläufige Preissteigerungen

gen auslösten. Die Kritiker des jüngsten Ost-West-Handels in Sachen Weizen gehen davon aus, daß die UdSSR einen Weizenfehlbedarf von 15 Mill. t hat und daß Moskau versuchen dürfte, zwei Drittel des gesamten Importbedarfs durch Lieferungen aus den USA zu decken. Hinzu kommt, daß auch die Erntentwicklung in den EG-Staaten keinen beruhigenden Einfluß auf die Weltmarktpreise für Weizen ausübt, da hier die diesjährige Weizenernte gegenüber dem Vorjahr um 11–13 % niedriger ausfällt und eingegangene Lieferverpflichtungen gerade noch eingehalten werden können.

Das Washingtoner Landwirtschaftsministerium wehrt die geäußerten Befürchtungen mit dem Hinweis ab, daß der amerikanische Markt dank der zu erwartenden Rekordernte durchaus 12 bis 14 Mill. t Getreide an die UdSSR abgeben könne ohne daß es zu erheblichen Preisausschlägen kommen werde. Es ist zu hoffen, daß das Ministerium recht behält. Sollten sich jedoch die Befürchtungen des Kongresses bewahrheiten, so würde wohl an der Spitze des US-Landwirtschaftsministeriums ein Wechsel erforderlich werden. hh

RGW

DDR gegen weitere Zentralisierung

Nach Rumänien hat sich überraschend auch die DDR gegen Vorschläge einer stärkeren Zentralisierung der Entscheidungen im RGW, wie sie zuletzt auf der 29. Ratstagung der Organisation diskutiert wurden, ausgesprochen. In einer Rede in Ost-Berlin erklärte der stellvertretende DDR-Ministerpräsident Weiss kürzlich, daß die Souveränität der einzelnen RGW-Staaten, ihre Wirtschaftsplanung selbst vorzunehmen, nicht beeinträchtigt werden dürfe. Diese Äußerung muß deshalb überraschen, weil sie sich gegen die offensichtlichen Bestrebungen Moskaus richtet, die RGW-Organen mit mehr Entscheidungskompetenzen auszustatten. Den damit verbundenen nationalen Souveränitätsverlust ist die DDR augenscheinlich nicht bereit hinzunehmen.

Noch im Jahre 1962, als erstmals eine überstaatliche gemeinschaftliche Wirtschaftsplanung von sowjetischer Seite vorgeschlagen wurde, war die DDR eifriger Verfechter dieses Vorhabens. Damals scheiterte Chruschtschow lediglich am offen vorgetragenen Widerstand Rumäniens. Die Äußerung von Weiss mag einerseits ein neues politisches Selbstbewußtsein der DDR-Führung signalisieren; andererseits dürften für die DDR aber auch handfeste ökonomische Interessen mit im Spiel sein. So könnte eine supranational betriebene Wirtschaftsplanung und -politik im RGW z. B.

die handelspolitischen Vorteile der Zoll- und Abschöpfungsfreiheit im innerdeutschen Handel gefährden.

Allerdings stellt sich die Frage, ob die DDR gegenüber den Bestrebungen Moskaus standhaft bleiben kann. Denn die UdSSR hat mit ihren für die DDR wie auch für die anderen kleineren RGW-Länder lebenswichtigen Rohstoffreserven ein gewichtiges Mittel in der Hand, die Partner zum „Überdenken“ ihrer Haltung zu bewegen. Auch die angestrebten Verhandlungen zwischen der EG und dem RGW liefern ein einleuchtendes Argument für mehr Kompetenzen des RGW und damit für die Politik Moskaus. ud

Großbritannien

Neue Einkommenspolitik

Großbritannien unternimmt einen neuen einkommenspolitischen Anlauf. Die Dringlichkeit ist unbestritten, denn im Gegensatz zu fast allen anderen westlichen Industrieländern hat sich der Preisauftrieb hier in den letzten Monaten kräftig beschleunigt.

Aufgeschreckt durch eine Verteuerung der privaten Lebenshaltung um reichlich 25 % binnen Jahresfrist und erneute Pfundschwächen führte die Regierung die Tarifpartner mit Zuckerbrot und Peitsche zu einer Abstimmung in der Anti-Inflationspolitik. Man einigte sich auf eine Begrenzung der Lohnsteigerungen auf maximal 6 £ pro Woche. Dies entspricht einer durchschnittlichen Steigerung von 10 %. Darüber hinausgehende Lohnerhöhungen dürfen die Unternehmen nicht über die Preise weiterwälzen. Hier schieben die staatlichen Preiskontrollen einen Riegel vor. Auf diese Weise soll die Teuerung innerhalb eines Jahres auf eine Rate von 10 % gedrückt werden.

Die Hoffnung auf einen derartigen Stabilisierungserfolg ist jedoch recht gedämpft. Die Fehlschläge mit der bisherigen gesetzlichen Einkommenspolitik berechtigen wahrlich nicht zu großem Optimismus für diese Variante einer nunmehr „freiwilligen“ Einkommensbegrenzung. Der Vorgänger dieser neuen Phase, der Sozialkontrakt, scheiterte, obwohl er den Arbeitnehmern noch einen Inflationsausgleich zusicherte. Jetzt aber werden ihnen sogar empfindliche Reallohnseinbußen zugemutet. Die Spitzen der großen Gewerkschaften haben dem zwar zugestimmt. Daß die „Basis“ ihnen hierin folgen wird, erscheint jedoch zweifelhaft. Sie wird sich eher an den Parlamentsabgeordneten orientieren wollen, die sich unmittelbar nach dem Abschluß des Abkommens eine Einkommenserhöhung bewilligten, die weit über die vereinbarte Richtlinie hinausgeht. wt